

Sehr geehrte Damen und Herren,

77 Jahre ist es her, seit am 6. August 1945 über Hiroshima und am 9. August 1945 über Nagasaki zwei Atombomben abgeworfen wurden und unvorstellbares Leid ausgelöst haben; In Hiroshima starben 70.000 bis 80.000 Menschen, in Nagasaki etwa 22.000 Menschen. Insgesamt waren es inklusive Spätfolgen wohl Hunderttausende Tote und Verletzte.

Diesen Opfern und ihren Angehörigen möchten wir am heutigen Tag gedenken.

Auf der gerade in Hiroshima abgehaltenen Gedenkfeier sprach der Bürgermeister von Hiroshima, Kazumi Matsui. Bei seiner Rede vor Vertretern von 98 Nationen nahm er explizit Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine:

"Weltweit gewinnt die Vorstellung an Bedeutung, dass Frieden von nuklearer Abschreckung abhängt". Und UN-Generalsekretär Guterres, der ebenfalls teilnahm fügte noch hinzu: "Krisen mit ernstesten nuklearen Untertönen breiten sich schnell aus - vom Nahen Osten über die koreanische Halbinsel bis hin zur russischen Invasion in der Ukraine." Die Menschheit spiele mit einer geladenen Waffe. Es sei "völlig inakzeptabel, dass Staaten, die Atomwaffen besitzen, die Möglichkeit eines Atomkriegs zugeben", sagte er und fügte hinzu: "Nehmen Sie die nukleare Option vom Tisch - für immer. Es ist Zeit, Frieden zu verbreiten."

Auch wenn der russische Präsident Putin gerade erst in einem Grußwort an die bis 26. August stattfindende Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York schrieb: "Wir gehen davon aus, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger geben kann und er niemals begonnen werden darf" - müssen wir befürchten, dass die Eskalationsspirale in diesem furchtbaren Krieg und die mehrfach geäußerte Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zumindest das Ziel verfolgt, sogenannte begrenzte Atomschläge als Option der strategischen Kriegsführung vorzubereiten.

Die Welt ist jedoch mit der Drohung des Einsatzes von Atomwaffen nicht sicherer geworden und tatsächlich hat diese falsche Logik zu den höchsten nuklearen Spannungen seit der Kubakrise geführt. Darüber hinaus ist die wachsende Bedrohung durch den Klimanotstand jetzt direkt vor unseren Augen, da Hitzewellen weite Teile Europas verwüsten und die Krise um russisches Öl uns nicht zu grünen Klimalösungen geführt hat, sondern zu einem Rückzug auf alte und überholte Energieformen, die die Umweltsituation nur noch prekärer machen werden.

Die beiden existenziellen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, dürfen nicht auf die leichte Schulter genommen werden - sie erfordern vielmehr sofortiges Handeln. Und wir haben Lösungen.

Auf der einen Seite brauchen wir einen viel schnelleren Vorstoß in Richtung erneuerbare Energien - das bedeutet größere Investitionen, Verzicht und Hingabe seitens der großen Klimaproduzenten. Einige mögen sich fragen, woher diese Investitionen kommen sollen und die Antwort liegt auf der Hand: durch eine deutliche Kürzung der Militärausgaben. Allein für Atomwaffen wurden im Jahr 2020 rund 72,6 Milliarden US-Dollar ausgegeben.

Und wie können wir Atomwaffen abschaffen, um diesen Übergang zu erleichtern? Der Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen bietet die Mittel und den Weg dazu. Er ist bereits in Kraft getreten, mehr als 50 Länder haben ihn ratifiziert, doch die Bundesrepublik Deutschland hat ihn bislang nicht unterzeichnet.

Die Macht über den Einsatz von Atomwaffen liegt bei den Regierungschefs und Staatsführer*innen. Der unermessliche Schaden und das Leid, das durch deren Einsatz ausgelöst wird, entstehen jedoch bei uns in den Städten und Gemeinden, in unserem unmittelbaren Lebensumfeld.

München ist Mitglied beim Bündnis "Mayors for Peace", den Bürgermeister für den Frieden. Weltweit engagieren sich 7.800 und deutschlandweit insgesamt 680 Bürgermeister für die Friedensarbeit, insbesondere die atomare Abrüstung.

Wir Mayors For Peace beziehen uns u.a. auf ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 8. Juli 1996. Dieser stellte fest, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Völkerrecht verstoßen. Zudem bekräftigte der Gerichtshof, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“

Wenn wir uns an die Zerstörungen in Hiroshima und Nagasaki erinnern und die schicksalhaften Worte "Nie wieder" wiederholen, sollten wir uns erneut dazu verpflichten, dafür zu sorgen, dass dieses menschliche Leid nie wieder vorkommt, indem wir Maßnahmen zur Abschaffung von Atomwaffen ergreifen und das Schlimmste eines Klimanotstands verhindern. Wenn wir jetzt handeln, kann dieses Versprechen eingelöst werden.

Mit Gedenkveranstaltungen wie heute senden wir einen Appell an die politisch Verantwortlichen in Deutschland, Europa und in der ganzen Welt: Nur durch nukleare Abrüstung können wir den Frieden in der Welt langfristig sichern!

Wir fordern die Bundesregierung deswegen dazu auf: Unterzeichnen Sie den UN-Atomwaffenverbotsvertrag vom 7.7.2017! So können Sie die Initialzündung geben für wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt.